



Prof. Dr. Gisela Färber

Die Finanzsituation der Kommunen in der Bundesrepublik und in NRW


Vortrag auf der Frühjahrestagung des
Fachverbandes der Kämmerer in NRW e.V.
am 3. Juli 2013 in Bochum



Gliederung

1. Einleitung
2. Die Entwicklung von Ausgaben und Einnahmen der Kommunen seit der deutschen Vereinigung
3. Finanzierungssalden, Schuldenstand und kumulierte Kassenkredite: Der organisierte Weg in die Notlage
4. Lösungsansätze in NRW und ausgewählten Ländern
 - (1) Entschuldungsfonds der Länder
 - (2) Schaffung von Transparenz über Kostenfolgen
 - (3) Reform des kommunalen Steuersystems
5. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

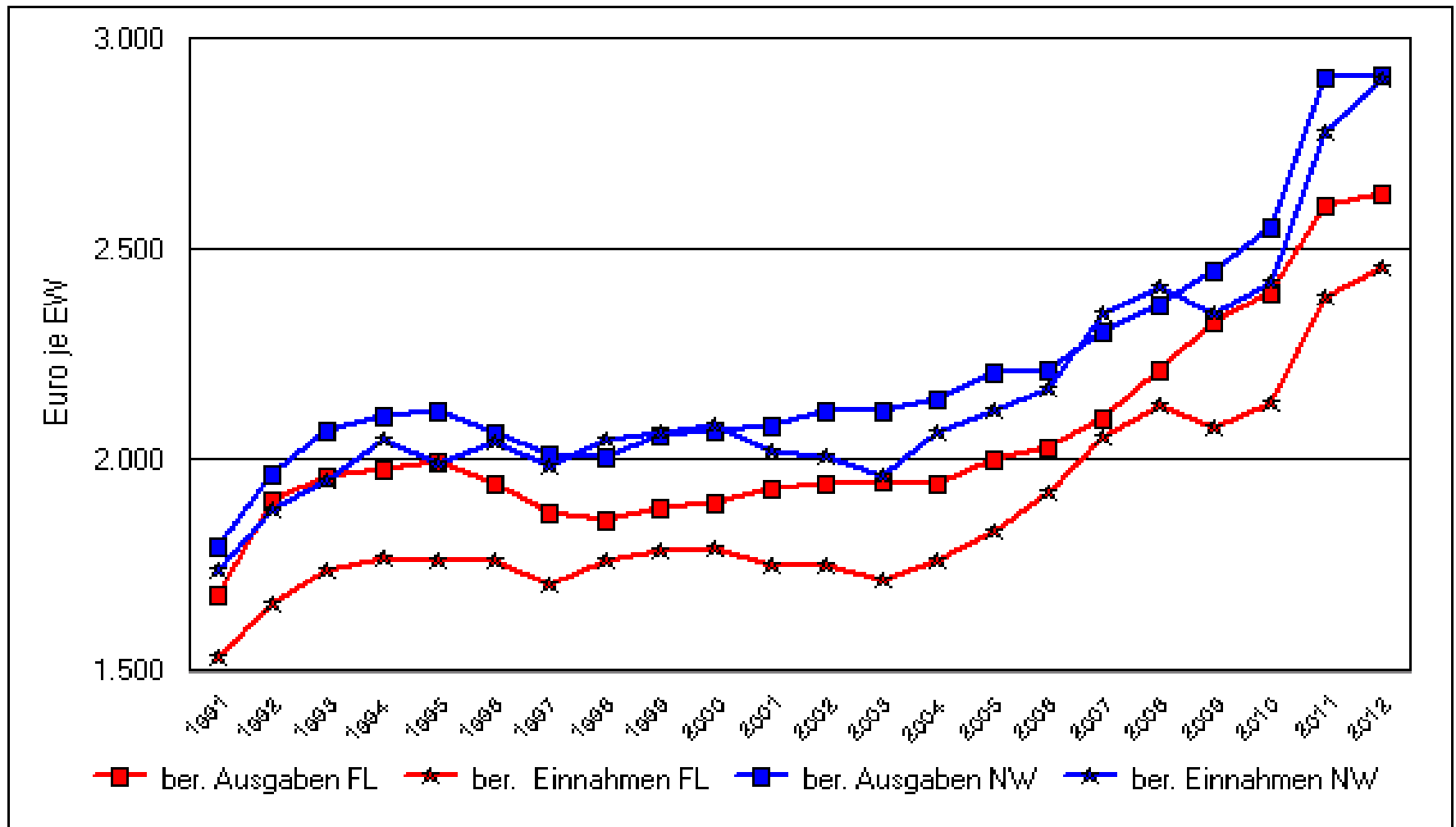
2. Die Entwicklung von Ausgaben und Einnahmen der Kommunen seit der deutschen Vereinigung

- Uneinheitliche Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung
 - Krise nach Vereinigungsboom
 - Krise zu Beginn der 2000er Jahre
 - Finanz- und Wirtschaftskrise 2008-2010
- Zensus 2011 korrigiert Bevölkerungsfortschreibung
 - NW hat nach dem Saarland im Westen die größten Bevölkerungsverluste, liegt prozentual unter dem Wert des Flächenländer! 
- NW hat ebenfalls eine schlechtere Wirtschaftsentwicklung als die Flächenländer im Durchschnitt (insgesamt und je EW!)
- BIP je EW 2012 noch knapp über Durchschnitt
- Einnahmementwicklung der Kommunen geprägt durch Krisen und Steuerreformen mit Einnahmenausfällen
 - Stagnation der Einnahmen zwischen 1994 und 2003
 - Kommunen erleiden die prozentual größten Einnahmenausfälle durch Krise 2008-2010
- Ausgaben folgen Einnahmen oder werden ausgelagert
- Verspätete Konjunkturprogramme und Erholung 2011 und 2012

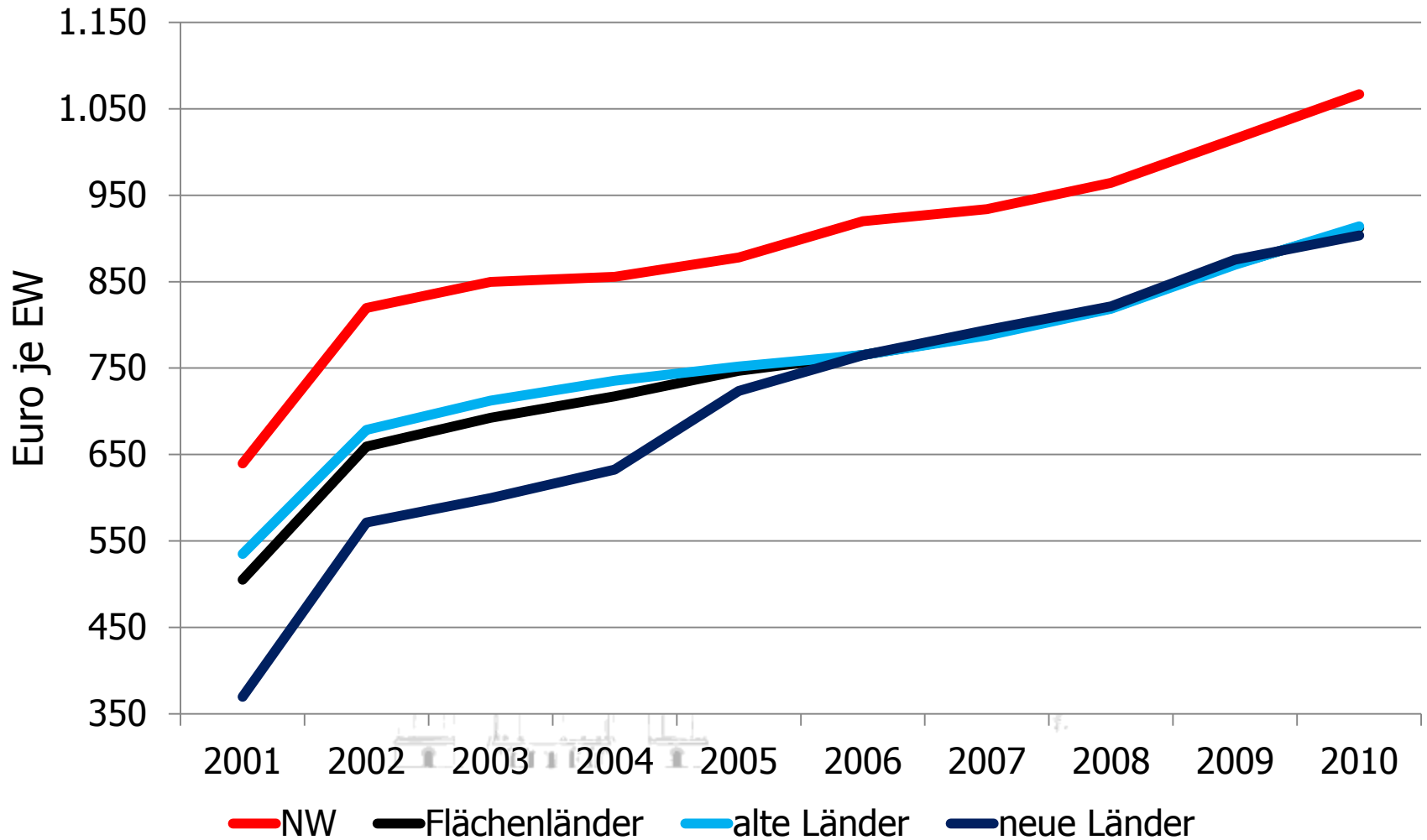
Wirtschaft und Bevölkerung im Ländervergleich

	BIP 2000-12	BIP je EW 2000-12	BIP je EW 2012	in % des Du	EW 2012 in % von 2000
BW	131,31%	130,51%	36.893,9	112,3%	100,61%
By	135,92%	132,41%	37.208,1	113,2%	102,65%
He	121,95%	122,72%	38.164,3	116,1%	99,37%
Nds	129,79%	132,12%	29.598,6	90,1%	98,23%
NW	127,80%	131,11%	33.173,5	101,0%	97,48%
RPL	129,17%	130,50%	29.496,9	89,8%	98,98%
Saar	127,20%	136,94%	31.905,4	97,1%	92,89%
SH	122,63%	121,57%	27.538,8	83,8%	100,87%
HB	124,62%	126,12%	42.394,5	129,0%	98,81%
HH	125,37%	123,78%	55.326,0	168,4%	101,28%
Be	127,09%	127,79%	30.783,9	93,7%	99,45%
Bb	131,71%	139,91%	23.601,9	71,8%	94,14%
MV	126,34%	140,84%	23.057,2	70,2%	89,71%
Sn	130,11%	142,96%	23.891,8	72,7%	91,01%
SAT	125,32%	146,22%	23.402,5	71,2%	85,70%
Th	127,36%	143,27%	22.706,1	69,1%	88,89%
Flächenl	129,42%	132,41%	32.348,7	98,4%	97,75%
StSt	126,05%	126,15%	39.494,2	120,2%	99,92%
insg.	129,13%	131,90%	32.859,4	100,0%	97,90%


Bereinigte Ausgaben und Einnahmen der Kommunen in den Flächenländern und in NRW 1991 - 2012



Sozialausgaben (brutto) der Kommunen je EW 2001 -2010

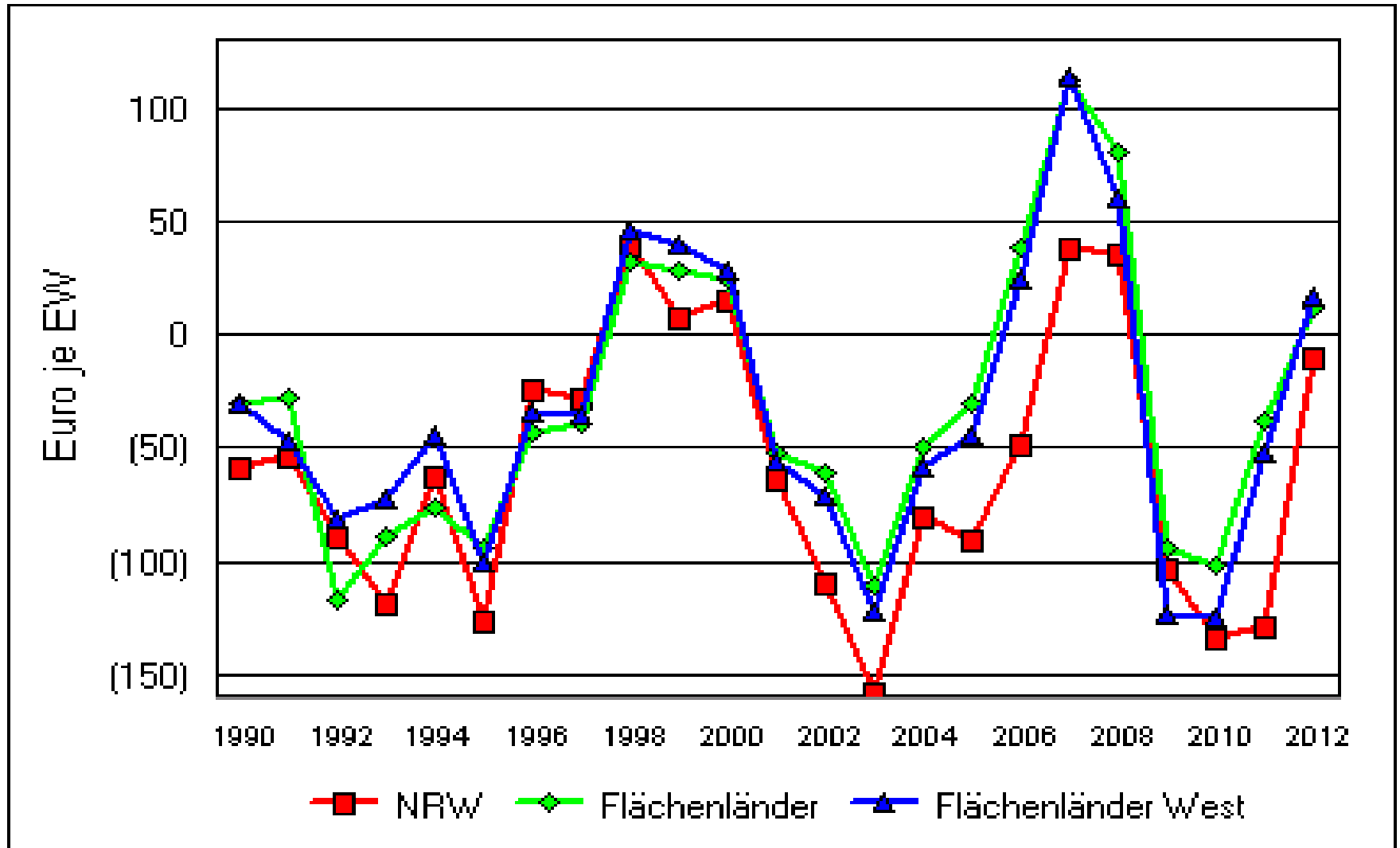


3. Finanzierungssalden, Schuldenstand und kumulierte Kassenkredite: Der organisierte Weg in die Notlage

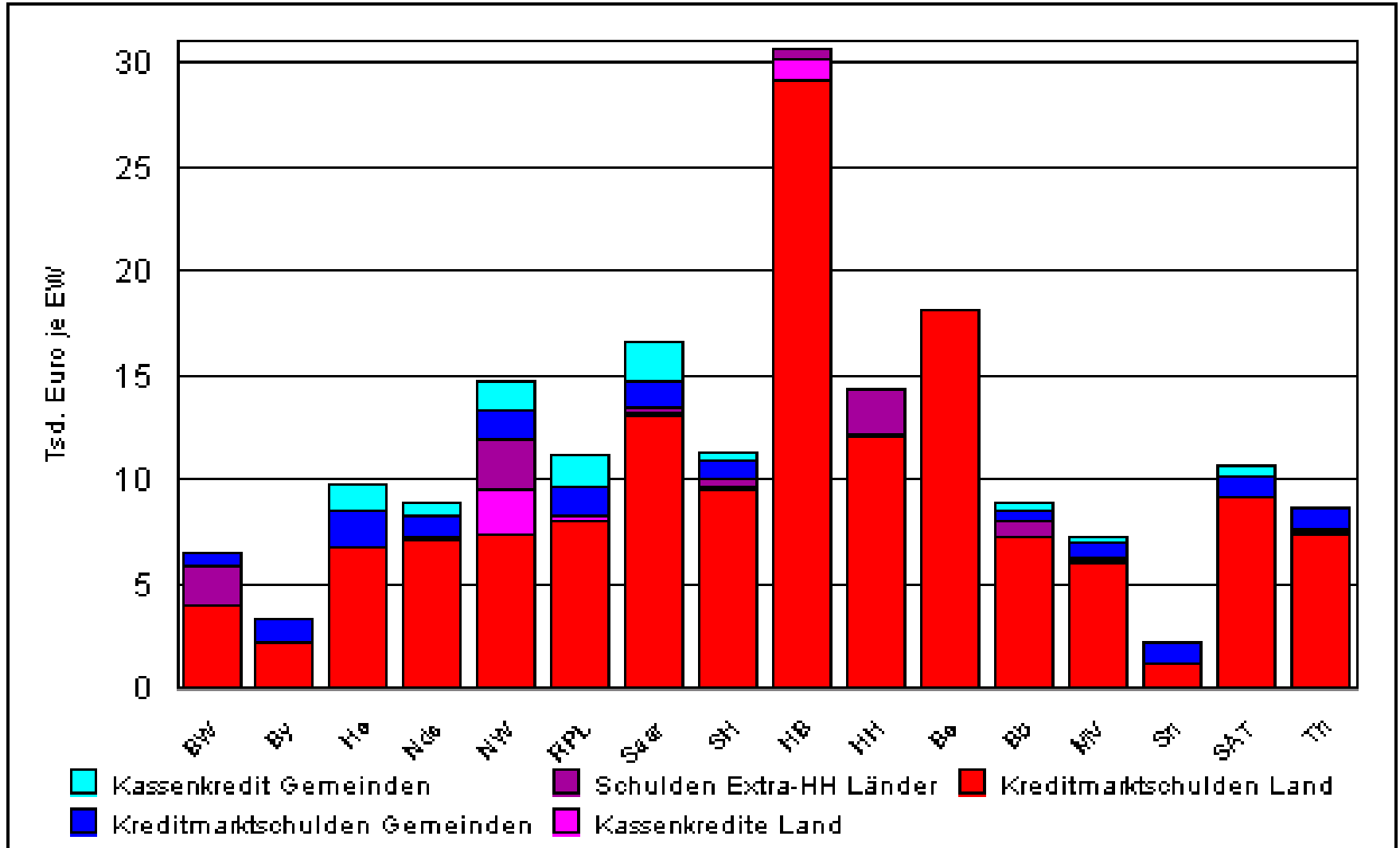
- Fast 20 Jahre Unterdeckung der kommunalen und der Länderhaushalte: hohe Schuldenstände auch bei den subnationalen Haushalten 
- Gemeinden insgesamt geringer verschuldet als Länder, aber
 - z.T. chronische und kumulierte Kassendefizite in einigen Ländern
 - Koinzidenz mit hohen Schuldenständen der Länder
- inhomogene Verschuldungssituation der Kommunen
 - hochverschuldete vs. schuldenfreie Kommunen
 - Städte vs. kreisangehöriger Raum
 - Kassenkredite – eine organisierte Reaktion auf steigende ungedeckte Sozialausgaben?
- Haushaltssicherungskommunen in NW
 - Ende 2012: 175, davon 29 ohne genehmigtes Sanierungskonzept (Ende 2011: 177, davon 144 ohne Genehmigung)
 - Erster „echter“ Sparkommissar in Nideggen



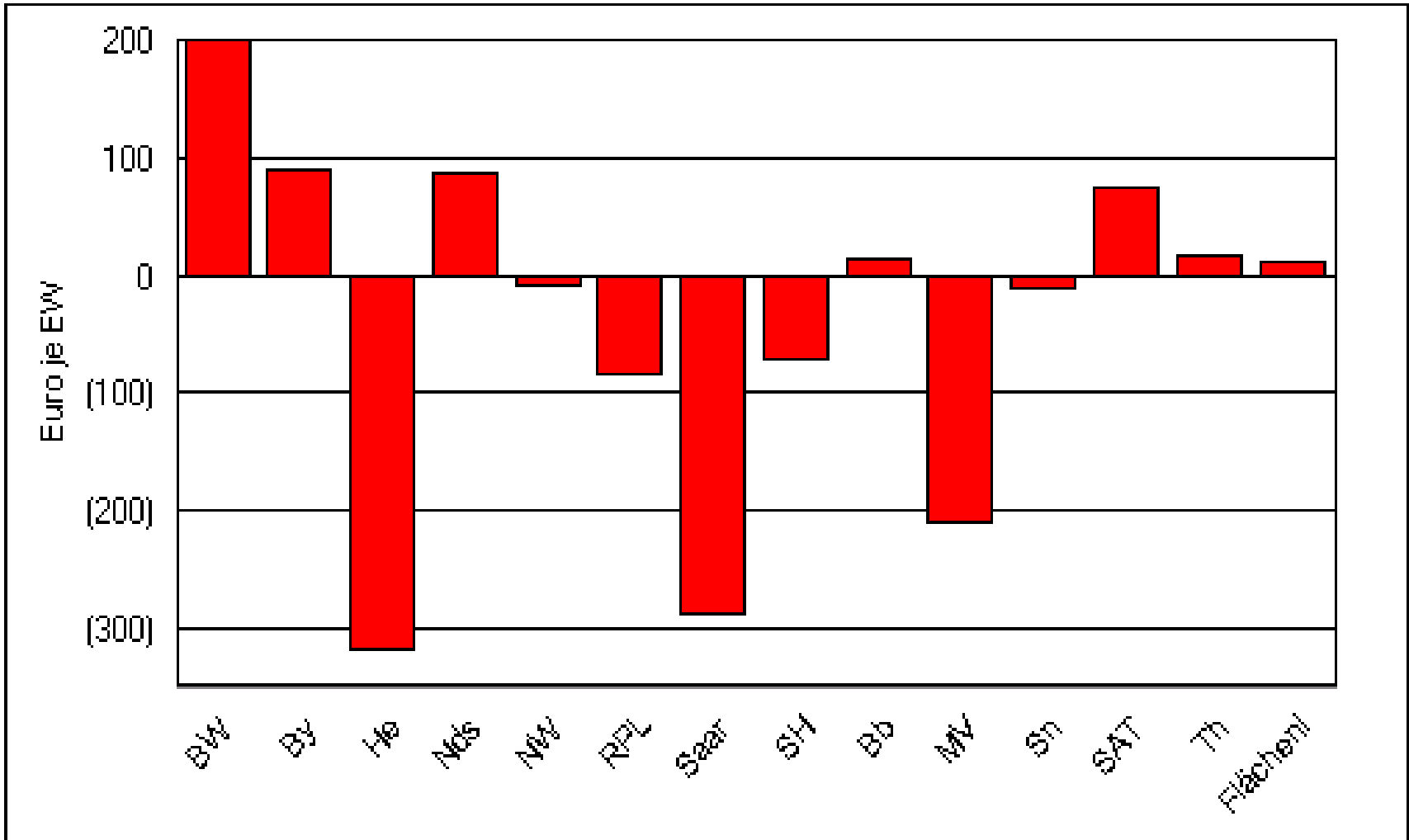
Finanzierungssalden Kommunen



Kreditmarktschulden und Kassenkredite Länder und Gemeinden 2012

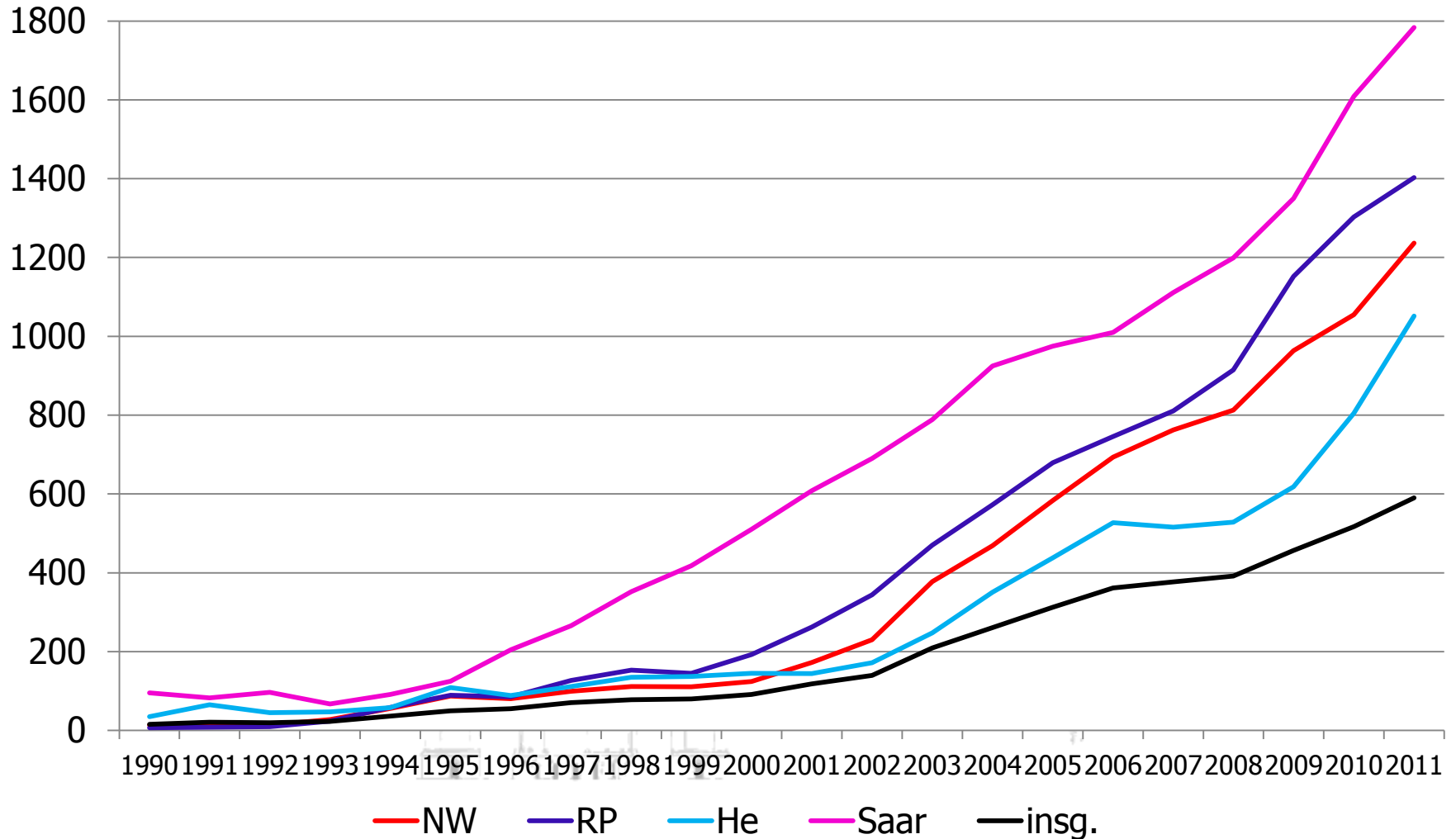


Finanzierungssalden der Kommunen 2012



	Summe Primärsalden Gemeinden		
	1991 – 2012	2000 - 2012	1991 - 2000
BW	-1.106,37	-521,25	-590,00
By	-668,76	-10,08	-692,70
He	-1.388,58	-1.215,67	-50,11
Nds	-397,58	-177,70	-231,64
NW	-730,28	-512,30	-194,95
RPL	-1.618,23	-1.140,37	-524,17
Saar	-780,47	-993,64	158,70
SH	-1.172,52	-915,79	-259,12
Bb	-1.096,48	-154,92	-998,39
MV	-1.376,47	-34,55	-1.341,63
Sn	-642,50	691,75	-1.342,30
SAT	-727,47	395,68	-1.122,18
Th	-433,93	820,13	-1.221,37
Flächenländer	-877,57	-348,32	-526,01

Kassenkredite je EW 1990 – 2011

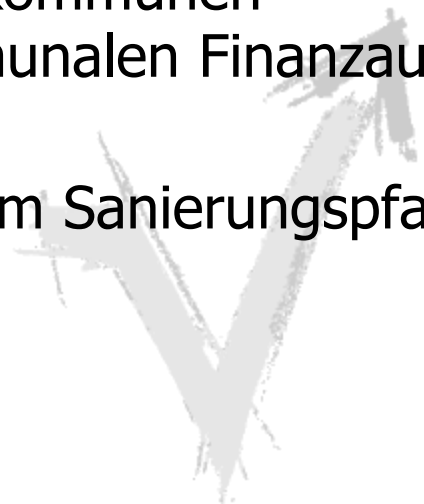


Ende 2011 je EW	kreisfreie Städte	kreisangeh. Gemeinden	Landkreise	kreisang. Raum	Insgesamt
NRW					
Kassenkredite	2.211,13	597,21	21,60	618,81	1.220,88
Wertpapiersch.	3.670,65	1.567,42	139,57	1706,99	2.449,46
Bürgschaften	600,57	276,60	62,18	338,78	437,76
RP					
Kassenkredite	3340,34	338,24	398,37	736,61	1400,46
Wertpapiersch.	5102,16	1144,13	731,53	1875,65	2698,29
Bürgschaften	1196,64	86,39	17,43	103,82	382,45
Hessen					
Kassenkredite	990,84	438,42	619,11	1057,54	1044,09
Wertpapiersch.	2607,57	1355,09	1252,61	2607,70	2607,68
Bürgschaften	1951,54	200,07	172,10	372,17	690,53

4. Lösungsansätze in NRW und ausgewählten Ländern

(1) Entschuldungsfonds der Länder

- in SAT, Nds, RP, He, NW
- ähnliche Muster - 3 Quellen:
 - Land
 - Eigenbeitrag der verschuldeten Kommunen
 - „kommunale Familie“ über kommunalen Finanzausgleich
- Kontrolle der Sanierungsfortschritte
- Wirksame Sanktionen bei Abkehr vom Sanierungspfad?



(2) Schaffung von Transparenz über Kostenfolgen

- Kostentreiber: „Fremdrecht“ des Bundes, der Länder und der EU
- Konnexitätsprinzip
 - Ausgleich nur bei Aufgabenübertragung
 - Land zahlt nicht für Bundes- und Europarecht
- „ewige“ Streitereien und Gerichtsverfahren über Kostenfolgen
- unklar, auf wen die Kosten im Detail zurückzuführen sind
- Transparenz schaffen mit dem Standardkostenmodell (SKM)
 - Erfüllungsaufwand (EA) von Bundesrecht und in nationales Recht umgesetztes EU-Recht in GFA des Bundes
 - Verwaltungskosten der Länder und Kommunen Teil des EA: standardisierte Kosten einer durchschnittlich effizienten Verwaltung multipliziert mit Fallzahlen
 - Nachmessen der Schätzungen des Bundes
 - Grundlage der Kostenschätzungen im Konnexitätsfall nachrechnen!
- Vorschlag: U3-Betreuung nachrechnen!

(3) Reform des kommunalen Steuersystems

- veraltete und verstümmelte Bemessungsgrundlagen bei GrdSt und GewErtrSt
- deutlich höhere Steuerautonomie für Städte, Gemeinden und Landkreise
- Reform der Grundsteuer als kommunale „Vermögensteuer“
 - gerechter als derzeitige Grundsteuer A und B
 - schafft größere Beweglichkeit für Hebesatzvariationen im Rahmen des Leistungsfähigkeitsprinzips
- kommunales proportionales Steuersatzrecht auf Bemessungsgrundlage der ESt
 - bedarfsgerechtere horizontale Steuerverteilung als derzeitige Kappungsbeträge
 - offen für maßvolle Steuersatzvariationen bei fairem Steuerwettbewerb
- Hebe- und Steuersatzrechte für Landkreise zur Entlastung der Kreisumlagen
- Verhandlungsgegenstände im Rahmen Solidarpakt III!

5. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

- Aktuelle Finanzlage der Kommunen wieder akzeptabel mit hoffentlich stabilen Aussichten in den nächsten Jahren
- Entlastungen durch Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund, vielleicht auch der Eingliederungshilfe
- neue Herausforderungen durch
 - U3-Betreuung und frühkindliche Bildung,
 - Sanierung der veralteten/nicht instand gehaltenen Infrastruktur
 - demographischen Wandel
- Schaffung von Transparenz über Standardkosten des übertragenen Wirkungskreises
 - bessere Umsetzung des Konnexitätsprinzips
 - Benchmarking für Best-practice-Lösungen
 - Transparenz über regulative Kostentreiber
- Modernisierung und „Autonomisierung“ des kommunalen Steuersystems
- **Wiedergewinnung des finanzpolitischen Handlungsspielraums als höchste finanzpolitische Priorität!**